

Aufschlussreiches Lawrow-Interview - 11.2.2026

Der russische Außenminister Lawrow hat einem russischen Blogger ein einstündiges Interview gegeben, das hier komplett übersetzt wurde, weil es so interessant war, dass es nicht gelungen ist, sich nur auf einige Ausschnitte zu beschränken.

https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/2079543/



Frager: Sergej Wiktorowitsch, guten Tag. Es freut mich sehr, Sie unter den Gästen unserer Sendung zu sehen. Das ist eine große Ehre und Freude für uns und unsere Zuschauer.

Wir erleben derzeit die nächste Phase der Verhandlungen zur Ukraine. Was gibt Ihnen persönlich Hoffnung? Werden diese Verhandlungen letztendlich zu einem Ergebnis führen?

Lawrow: Hoffnung schöpft man allein aus der eigenen Wahrheit und dem konkreten Handeln, das man ergreift, um sicherzustellen, dass die Wahrheit siegt. Unsere Wahrheit unterliegt keinen opportunistischen Veränderungen, Verdrehungen oder Verrenkungen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Ziele der Militäroperation klar dargelegt. Er hat sie seither wiederholt bekräftigt. In ihrer detailliertesten Form hat er sie hier, im Außenministerium, im Juni 2024 dargelegt. Diese Ziele bleiben unverändert und sind nicht Gegenstand opportunistischer Kompromisse.

Kompromisse sind immer möglich, wenn mehrere Staaten – auch nur zwei – eine Einigung erzielen. Wir sind stets bereit, Kompromisse einzugehen oder, einfacher gesagt, einen Interessenausgleich zu finden. Das Wichtigste ist, dass die legitimen Interessen jedes Staates berücksichtigt werden.

Unser legitimes Interesse ist die Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit. Wie jedes normale Land sind wir an der Fortsetzung unserer Geschichte, der Entwicklung unserer Bevölkerung unter bestmöglichen äußeren Bedingungen und dem Wirtschaftswachstum, der Lösung sozialer Probleme und der Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung interessiert.

Genau diese Art von „Umfeld“ wurde unserem Staat wiederholt versprochen. Diese Versprechen wurden mündlich gegeben, als der Sowjetunion Garantien gegeben wurden und geschworen wurde, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde. Sie wurden auch schriftlich im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 und erneut auf dem Gipfel in Astana 2010 versprochen. Diese Abkommen stellten klar, dass Sicherheit unteilbar ist und dass jedes Land das Recht hat, seine eigenen Formen der Sicherheit zu wählen. Gleichzeitig dürfen aber keine Maßnahmen ergriffen werden, die die eigene Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken. Dies bezog sich auf die OSZE-Staaten. Es ging sogar noch weiter: Kein Land, keine Gruppe von Ländern und keine Organisation im transatlantischen Raum hat das Recht, Dominanz zu beanspruchen.

Stellen Sie sich diese hochtrabenden Prinzipien vor, die auf höchster Ebene einstimmig befürwortet wurden, und vergleichen Sie sie mit dem Vorgehen der NATO in den 1990er-Jahren und der ersten Hälfte der 2000er-Jahre. Es war genau das Gegenteil. Die NATO strebte nicht

einfach nur nach Dominanz, sondern setzte alles daran, diese Dominanz in konkrete Maßnahmen umzusetzen.

Bei der Erweiterung der NATO versicherten westliche Staats- und Regierungschefs Russland, dass sie nicht gegen sie gerichtet sei. Doch wir erlebten, wie nicht nur schriftliche Erklärungen, sondern auch Absprachen immer wieder gebrochen wurden.

So gab es beispielsweise innerhalb der OSZE eine Vereinbarung, das wurde in Dokumenten festgehalten, wonach bei einem NATO-Beitritt neuer osteuropäischer Länder keine nennenswerten Kampftruppen auf deren Gebieten stationiert werden. In dieser Zeit der Hoffnung und Erwartung, dass sich schließlich eine Art von für beide Seiten vorteilhafter Zusammenarbeit, Verständnis und gegenseitigem Respekt durchsetzen würde, haben wir uns zu diesem Prinzip bekannt, dass kein NATO-Mitglied bedeutende Kampftruppen auf dem Gebiet neuer Mitglieder stationieren wird.

Dann sehen wir: Sie führen eine Übung nach der anderen durch. Wir fragten: „Wie das?“ Sie erklärten uns, das seien „unbedeutende“ Kampftruppen. Daraufhin sagten wir: „Lasst uns eine Vereinbarung treffen, eine Definition dessen, was genau mit bedeutenden Kampftruppen gemeint ist, wie viele Soldaten, wie viele Waffen, wie viel Ausrüstung etc.“ Aber nein. Sie erklärten uns ohne jegliche Gewissensbisse, dass ihnen das die Hände binden würde.

Es ist eine Illusion zu glauben, Sicherheit ließe sich allein durch das Vertrauen auf die Versprechen derer gewährleisten, die heute die Welt regieren, und durch die Versprechen ihrer Vorgänger. Es im Westen ja fähige Führungspersonlichkeiten, doch auch sie haben sich als unfähig erwiesen, ihr Wort zu halten, unfähig, ihren Unterschriften unter einer ganzen Reihe von Dokumenten Taten folgen zu lassen.

Deshalb ist Sicherheit für uns absolut notwendig. Genauso wie auch die Menschenrechte, die, wie man meint, dem Westen so wichtig sind, für uns absolut notwendig sind. Wir erleben in der Ukraine ein totales Verbot der russischen Sprache in allen Lebensbereichen, ein Verbot der ukrainisch-orthodoxen Kirche. All dies liegt völlig außerhalb des

Rahmens der westlichen – zumindest der europäischen, und ganz sicher der britischen – Gedanken darüber, wie man zum Frieden kommen kann.

Die Trump-Regierung versuchte genau das in die Dokumente zu schreiben, die nach dem Treffen in Alaska im letzten Quartal 2025 in verschiedenen Versionen kursierten. Wir haben nur eine davon gesehen. Oder besser gesagt, die Amerikaner haben uns ihr Dokument offiziell übergeben. Alle nachfolgenden Versionen sind das Ergebnis des Versuchs von Wladimir Selensky und vor allem seiner Unterstützer aus Großbritannien, Deutschland, Frankreich und dem Baltikum, die amerikanische Initiative zu vergewaltigen. Natürlich, die müssen ja irgendwie ihre Stimme erheben.

In den amerikanischen Vorschlägen stand, dass die Rechte russischsprachiger Bevölkerungsgruppen und Russen als nationale Minderheit wiederhergestellt werden müssen. So werden sie genannt, obwohl der Begriff „nationale Minderheit“ selbst auf Russen in der Ukraine kaum anwendbar ist. Dennoch stand das in ihren Dokumenten. Die neuesten Versionen, die nach intensiven Verhandlungen zwischen Amerikanern, Europäern und Ukrainern nach dem Alaska an die Presse gelangten, erwähnen das nicht. Sie wurde gesagt, dass die Seiten – Russland und die Ukraine – einander Toleranz entgegenbringen werden. Ein „Toleranzabkommen“, sozusagen. Und die Ukraine wird alle EU-Standards in diesem Bereich einhalten: Toleranz und so weiter.

Frager: Ohne EU-Mitglied zu sein?

Lawrow: Die Ukraine verpflichtet sich zur Einhaltung dieser Standards. Doch es stellt sich eine Frager: Was hat die EU damit zu tun? Und warum beansprucht die EU irgendeine dominierende Rolle bei der Definition von Menschenrechten?

Es gibt die UN-Charta, die von ausnahmslos allen Staaten ratifiziert wurde. Da heißt es, dass jeder Staat verpflichtet ist, die Menschenrechte unabhängig von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion zu gewährleisten. Was Sprache und Religion betrifft, wurde diese Bestimmung der UN-Charta in der Ukraine mit Füßen getreten. Genauso, wie die Verfassung des Landes mit Füßen getreten wurde, die

paradoxerweise immer noch das feierliche Versprechen des Staates enthält, die Bildungs- und sonstigen Rechte der Russen, das wird da speziell hervorgehoben, und anderer nationaler Minderheiten zu gewährleisten.

Obwohl die ukrainische Verfassung all dies verkündet, wurden in den letzten zehn Jahren, lange vor der Militäroperation, ein Dutzend Gesetze verabschiedet, die die russische Sprache in allen Lebensbereichen faktisch auslöschen.

Ich habe dieses Beispiel in meinen Interviews und Verhandlungen immer wieder angeführt: Die Ukraine ist das einzige Land, in dem eine ganze Sprache verboten ist. In keinem anderen Konflikt haben die Seiten die Sprachen der jeweils anderen Seite verboten. Nehmen wir den arabisch-israelischen Konflikt oder irgendeinen anderen Konflikt. Es geht dabei nie um Sprachen oder Menschenrechte. Wenn also Wladimir Selensky sagt, er könne über die Gebietsfrage nicht einmal sprechen, weil sie in seiner Verfassung verankert sei – die Verfassung ist ihm wurscht. Laut ihr ist er verpflichtet, all diese steinzeitlichen Gesetze aufzuheben, die die russische Sprache und die kanonische orthodoxe Kirche auslöschen.

Mit dieser Position reiste unsere Delegation zu den letzten Verhandlungen, die am 4. Februar dieses Jahres in Abu Dhabi begannen und am 5. Februar fortgesetzt wurden. Wir werden diese Positionen nicht ändern. Man sagt uns, wir müssten auch Kompromissbereitschaft zeigen.

Hören Sie, Kompromisse dürfen die grundlegenden Prinzipien, auf denen das Leben des Staates beruht, nicht berühren. Und vor allem nicht das Leben von Millionen von Menschen.

Auch während der zweiten Verhandlungsrunde am 4. und 5. Februar in Abu Dhabi, wie schon nach der ersten Runde im Januar, haben wir höflich Stillschweigen bewahrt, wie anständige Menschen, die wissen, dass Verhandlungen, wenn man Ergebnisse erzielen will, von Stillschweigen leben. Wer ständig Kommentare abgibt und Vermutungen anstellt, will die Verhandlungen entweder torpedieren oder, was auf dasselbe hinausläuft, dem Partner mangelnde Flexibilität vorwerfen.

Und was sagt Wladimir Selensky? Ich erwähne gar nicht erst seine Forderung, dass seine Streitkräfte monatlich 50.000 russische Soldaten töten sollen. Was für ein „Friedensstifter“! Und erst kürzlich erklärte er, er sei angeblich kompromissbereit, aber Russland müsse das auch sein. Was soll man dazu noch sagen?

Noch ein weiterer wichtiger Punkt: Alaska. Wir erinnern immer wieder daran, dass wir in Alaska einen Ausgleich zwischen den vitalen Interessen Russlands und der in den befreiten Gebieten lebenden Russen und den USA gefunden haben, die damals aufrichtig an einer Lösung dieser Krise interessiert waren. und anders als alle anderen westlichen Länder verstanden hatten, dass die Ursachen des Konflikts die Menschenrechte waren und anerkannten, dass es inakzeptabel ist, so mit den Menschen umzugehen, die die Ergebnisse des Staatsstreichs, dem Ursprung des Konflikts, ablehnten, und die USA stellten klar, dass die Ukraine niemals NATO-Mitglied werden sollte.

Nun versuchen Präsident Selensky und seine Puppenspieler aus London, Paris, Brüssel und Berlin, all dies zu ihrem Vorteil zu verdrehen.

Frager: Haben wir das dokumentiert? Gibt es Dokumente, die in Anchorage verfasst und unterzeichnet wurden?

Lawrow: Vor Anchorage wurde uns ein Dokument übergeben, als der Sondergesandte des US-Präsidenten, Steve Witkoff, Moskau besuchte, um den Gipfel vorzubereiten. Das Dokument enthielt alle wichtigen Kernfragen und schlug Lösungen für die in den entsprechenden Bereichen auftretenden Probleme vor, die den Realitäten an der Front entsprachen. Das schloss auch die ein, die wir zum Schutz der Russen vor dem Naziregime und seiner Politik der Auslöschung alles Russischen, der russischen Sprache, Kultur, Geschichte und Orthodoxie entwickelt hatten.

In Anchorage stießen wir auf Ansätze, die auf der amerikanischen Initiative und den amerikanischen Vorschlägen basierten und den Weg zum Frieden öffneten. Auf dieser Grundlage hätte man schnell eine endgültige Einigung erzielen können.

Frager: Was ist jetzt noch das größte Hindernis, wenn die Dokumente existieren und alles vorbereitet ist?

Lawrow: Dieses Dokument haben sie bereits mehrfach „umgegraben“. Jetzt wedeln sie mit einem 20-Punkte-Dokument, das man uns weder offiziell noch inoffiziell übergeben hat. Teile des Inhalts sind an die Medien durchgesickert. Ich habe schon zitiert, was sie aus dem Prinzip der uneingeschränkten Gewährleistung der Rechte von Russen und russischsprachigen Menschen in der Ukraine gemacht haben.

Zuvor sagte Selensky, er werde keinen Zentimeter Land abtreten, da die Verfassung dies nicht zulasse. Gestern sagte er, es gehe nur um die Kontaktlinie, was bedeutet, dass er seine Terroristen nicht aus dem Teil des Donbass abziehen will, in dem sie bisher noch sind und aus dem sie letztendlich vertrieben werden. Davor hat er gesagt, man werde eine territoriale „Lösung“ anerkennen, die den Konflikt beenden würde, jedoch nicht rechtlich, sondern nur de facto. Das werde ihr Land bleiben, für das sie weiterhin kämpfen und ringen werden. Dafür bräuchten sie Sicherheitsgarantien, die die Stationierung britischer und französischer Truppen in der Ukraine einschließen würden, die die Amerikaner mit Geheimdienstinformationen, Waffen und Munition „verstärken“ würden. Mit anderen Worten: Präsident Selensky sagt, sie würden aufhören, erkennt dieses Gebiet aber nicht als unseres an.

Obwohl die Menschen im Referendum erklärt haben, sie wollten nicht mit einer Regierung leben, die durch einen Putsch an die Macht gekommen ist und sie, die Russen, als „Kreaturen“ und Terroristen bezeichnet. Das Kiewer Regime sagt, während sie aufhören, sollen die Europäer ihre Kontingente ins Land bringen und Langstreckenraketen stationieren, die russische Städte erreichen können. Und dann werde ein Waffenstillstand erklärt. Dem stimmen die Finnen, die Briten und die Deutschen zu.

Nur wenige nüchterne Stimmen in Europa sagen, dass es einen ernsthaften Ansatz für eine Beilegung des Konflikts braucht. Nicht, damit dieser „Mann ohne Krawatte“ zufrieden ist, seine Macht behält und sich weiterhin auf der internationalen Bühne lächerlich macht, sondern damit Europa eine neue Sicherheitsarchitektur schaffen und Frieden sichern

kann, die nicht nur die legitimen Interessen des ukrainischen Volkes, die die Clique um Selensky keineswegs vertritt, sondern auch die Russlands berücksichtigt, die bekannt sind und seit zwölf Jahren, beginnend mit dem Staatsstreich, verletzt werden, obwohl uns etwas völlig anderes versprochen wurde.

Erinnern wir uns an die Minsker Abkommen, die vom UN-Sicherheitsrat gebilligt, aber von den Deutschen, den Franzosen und allen anderen schlichtweg ignoriert wurden. Sie haben öffentlich bestätigt, dass sie keinerlei Absicht hatten, irgendetwas davon umzusetzen, sondern vielmehr diese Neonazis mit Waffen ausstatten wollten, damit diese Russland noch effektiver niedermachen konnten.

Im April 2022 haben die Ukrainer in Istanbul selbst einen Entwurf mit Sicherheitsgarantien vorgelegt, der davon ausging, dass die fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats als Garantiemächte fungieren würden, also nicht nur der Westen, sondern auch Russland und China. Auch Deutschland wurde erwähnt, was verständlich ist, denn es ist einer der aktivsten Unterstützer des Kiewer Regimes und stolz darauf. Offenbar hat die Nazi-Vergangenheit eine Rolle gespielt, und Selensky war als „perfekte“ Figur, um die Nazi-Traditionen in der Moderne fortzuführen. Man wollte auch die Türkei in diese Sicherheitsgarantien einbeziehen. Alle Entscheidungen der Sicherheitsgaranten sollten im Konsens getroffen werden. Das war der Vorschlag der Ukrainer. Wir stimmten dem zu. Doch der Westen verhinderte, dass Selensky das unterzeichnete, obwohl es bereits paraphiert war.

Wenn die heute von Sicherheitsgarantien reden, meinen sie damit nicht etwa Sicherheitsgarantien mit Russland, sondern gegen Russland. Ich wiederhole: Das Kiewer Regime erklärt, es werde de jure nichts anerkennen, sei aber de facto bereit, die Kämpfe zu stoppen, sofern die Europäer eiserne, von ihren Parlamenten ratifizierte Sicherheitsgarantien geben und Truppen entsenden. Die Financial Times schrieb, diese Garantien sähen einen automatischen Kriegsbeginn gegen Russland mit allen dort stationierten NATO-Truppen und direkter US-Unterstützung vor. Und jeder von ihnen als inakzeptabel erachtete Vorfall würde angeblich als Auslöser für einen solchen Krieg dienen. Über die Fähigkeit

von Selensky und seinen Clowns, Provokationen zu konstruieren, müssen wir erst gar nicht reden.

Frager: Sie haben viele Menschen an der Macht erlebt. Wenn wir über Selensky und die heutige Eurotruppe sprechen, welches menschliche Laster zerstört ein Land am häufigsten?

Lawrow: Wahrscheinlich das Laster, das keine Grenzen kennt. Das Laster, das den Interessen des Volkes direkt, konkret und schwerwiegend schadet. So banal es klingen mag, es ist der Personenkult. Es kann auch ein Laster sein, wenn ein Mensch nur darüber nachdenkt, wie er sich selbst die Taschen vollmacht, indem er sein eigenes Image pflegt, an der Macht bleibt, seinen Liebsten lukrative Posten zuschiebt, im Untergrund illegale Geschäfte betreibt und auf verschiedene Inseln reist, ich weiß nicht, wie zum Beispiel bei Epstein.

Viele solcher Regime haben ihre Spuren hinterlassen. Es gibt einen Personenkult, der nun neu überdacht wird, auch im Westen. Die nennen das jetzt „autoritäre Herrschaft“ oder „neuen Autoritarismus“.

Die jüngste Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“ schreibt über das Thema, dass unter den Bedingungen, die die Menschheit jetzt durchlebt, eine starke Hand nötig sei, die durch ihr Handeln zeigt, was die Gesellschaft braucht und ihr Perspektiven für wirtschaftliche, soziale, spirituelle und kulturelle Entwicklung aufzeigt.

Viele Analysten erkennen das als eine Regierungsform an, die sich als effektiver erwiesen hat als „liberale Demokratien“. In den USA finden alle zwei Jahre Wahlen statt, in Großbritannien hingegen, wann sie wollen, um die öffentliche Meinung auszunutzen ,um jemanden abzuwählen oder, im Gegenteil, in die Reihen der herrschenden Klasse aufzunehmen. Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie in Großbritannien ohne Wahlen für eine Partei gestimmt wird und die Partei dann ernennt, wen sie will. In den letzten Jahren sind all diese Experimente gescheitert.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush. Nach dem NATO-Russland-Gipfel in Bukarest im Frühjahr 2008 reiste er zu einem bilateralen Besuch nach Russland, nach Sotschi. Es gab einen Moment, da musste der russische Präsident

Wladimir Putin zum Telefon, und ich unterhielt Präsident George W. Bush. Er stand in der alten Residenz in Sotschi und blickte nachdenklich auf das Schwarze Meer. In jenem Jahr standen Wahlen an. Er sagte irgendwie wehmütig: „Wie vorhersehbar und verständlich bei euch doch alles ist.“ Ein solcher Machthorizont ermöglicht Planung, anstatt wegen jeder Kleinigkeit nervös zu reagieren, wie etwa, wenn jemand in Minneapolis oder Ohio etwas tut und der gesamte Wahlkampf umgestaltet werden muss, um diesem spezifischen, isolierten Vorfall gerecht zu werden, der nichts mit der Entwicklungsstrategie der USA zu tun hat, geschweige denn mit einem wichtigen internationalen Thema.

Viele Kollegen, die als Außenminister tätig waren, haben mir gegenüber eingeräumt, dass aufgrund dieses Zyklus – Präsidentschaftswahlen alle vier Jahre und Parlamentswahlen dazwischen – alle internationalen Aktivitäten auf den „innenpolitischen Kalender“ abgestimmt werden müssen, um den Gegnern keinen Grund zu geben, einem irgendwo Versagen vorzuwerfen, und gleichzeitig die außenpolitischen Aktionen so zu planen, dass man sie im Inland „verkaufen“ kann. Sie seien so toll, wie sie das hinbekommen. Das sehen wir jetzt ganz deutlich. Die Macht ist etwas, das in die „richtigen“ Hände fallen muss.

Frager: Wie ist es Ihnen gelungen, in all den Jahrzehnten nicht aufgehört haben, zu vertrauen? Hat sich Ihr Vertrauen in andere Menschen verändert, übrigens im Hinblick auf die Minsker Abkommen?

Lawrow: Das war enttäuschend. Wir haben genau verstanden, dass sie, wie man in Russland sagt, „den Narren spielten“. Selbst nach 2015, als die Resolution zur Genehmigung der Minsker Abkommen verabschiedet und unterzeichnet wurde, musste der Waffenstillstand noch erreicht, die wirtschaftliche Vernetzung sichergestellt und die Blockade der Krim und der Gebiete, die sich zu den Volksrepubliken Donezk und Lugansk erklärt hatten, aufgehoben werden. Da war viel los.

Frager: Wusste zum Zeitpunkt der Unterzeichnung niemand, dass sie uns betrügen würden, oder war uns klar, dass das eine Fälschung war?

Lawrow: Wir hofften, dass nach 17 Stunden nächtlicher Verhandlungen im Präsidentenpalast in Minsk das Gefühl, dass die mühsamen Stunden

nicht vergeudet waren, dass das Dokument unsere Partner endlich dazu bewegen würde, die Situation irgendwie zu beeinflussen.

2019 beschloss der französische Präsident Macron, seinen Beitrag zu leisten. Im Dezember 2019 berief er das „Normandie-Quartett“ nach Paris ein, Bundeskanzlerin Merkel, Präsident Macron, Präsident Putin und Präsident Selensky. Unser Präsident sagte, mit der ihm eigenen Geduld, es sei doch alles dort geschrieben. Warum wurde es nicht getan? Die Antwort waren Ausreden. Betrug!

Dennoch wurde in Paris schriftlich festgehalten – das war schon unter Macron, er kann sich dieser Verantwortung also nicht entziehen –, dass die Minsker Vereinbarungen umgesetzt werden müssen, einschließlich der Verfassungsänderung der Ukraine, um den Sonderstatus der Volksrepubliken Donezk und Lugansk dauerhaft zu verankern. Das wurde schriftlich festgehalten. Nichts davon wurde getan. Dass sie alle, insbesondere uns, hinters Licht geführt haben, haben wir gesehen. Nach ihren Rücktritten erklärten nicht nur der damalige französische Präsident Hollande, sondern auch die damalige Bundeskanzlerin Merkel öffentlich, dass sie nichts von dem umsetzen wollten, was da geschrieben war.

Fragter: Hat sich Ihr Vertrauen in die Menschen im Laufe Ihrer langjährigen Tätigkeit im Ministerium verändert?

Lawrow: Der Wunsch, zu vertrauen, ist immer da. Die Bereitschaft zu vertrauen ist etwas anderes. Der Akt des Vertrauens selbst ist das dritte.

Ich habe mir meine eigene Meinung über die Partner gebildet, mit denen ich arbeiten muss und die seit Beginn der Militäroperation in großer Zahl ihr wahres Gesicht gezeigt haben. Das Verhalten vieler von ihnen, darunter auch jener, die einst neutrale Länder vertraten, lässt einen daran zweifeln, wie aufrichtig die Handlungen ihrer Vorgänger, der Staats- und Regierungschefs dieser Länder, wirklich waren, als sie feierlich ihre Neutralität erklärten. Darüber könnte ich viel sagen.

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, dieses Prinzip hat uns US-Präsident Ronald Reagan vermacht. Und es hat seine Berechtigung.

Frager: Wir treffen uns am Vorabend des Tages der Diplomaten. Ich möchte Ihnen herzlich zu diesem Feiertag gratulieren und Ihnen und Ihrem gesamten Team viel Kraft, Energie und Erfolg wünschen. Wenn ich mich nicht irre, sind Sie seit 54 Jahren in der Diplomatie tätig. Sie sind 75 Jahre alt. Sie haben Ihr ganzes Leben dem Dienst an Ihrem Land gewidmet. Denken Sie heute manchmal darüber nach, dass Sie nie die Chance hatten, für sich selbst zu leben, ich meine, dass Sie Ihr ganzes Leben in dieser „Fabrik“, in dieser Position verbracht haben?

Lawrow: Ich will nicht überheblich klingen, aber es gibt Menschen, für die der Dienst am Vaterland und das Leben für sich selbst keine Gegensätze sind. Ich will hier nicht kokettieren. Wenn dir gelingt, gut zu verhandeln, den Partner von etwas zu überzeugen und es schriftlich festzuhalten – was nicht heißt, dass alles strikt umgesetzt wird -, sondern der Verhandlungsprozess selbst und das Erreichen des Ergebnisses...

In den allermeisten Fällen werden diese Abkommen eingehalten, nicht es nicht um unsere westlichen Kollegen geht, sondern um die Vertretern der sogenannten globalen Mehrheit – BRICS, SCO und im postsowjetischen Raum OVKS, EAWU und GUS – geht. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle herrscht Konsens, und es ist nicht wie bei der Entscheidungsprozess in der NATO: Die Amerikaner wollen und...

Wir sehen, wie das alles gerade geschieht, oder wie es in der EU ist, wo nicht gewählte Bürokraten in Brüssel – neu erschienene „Führer“ – den von ihren Bürgern gewählten nationalen Regierungen vorschreiben, was sie zu tun und wie sie zu sein haben, mit wem sie Handel treiben und mit wem nicht. Unsere ungarischen Kollegen haben die jüngsten empörenden Aktionen in Brüssel klar und verständlich kommentiert.

Ich wiederhole nochmal, diese Befriedigung aus der Arbeit ist viel wert. Viele meiner Kollegen empfinden genauso. Wir sagen, dem Vaterland zu dienen sei ein 24-Stunden-Dienst, aber wenn man sich erholt hat, ist man bereit, noch effektiver zu dienen.

Frager: Wir sehen nur Verhandlungen, Ihre endlosen Flüge. Eine Datscha, ein Kamin, ein Hund zu Ihren Füßen, ein Buch am Wochenende, gibt es das alles?

Lawrow: Leider gibt es keinen Hund zu meinen Füßen. Aber ich liebe den Kamin. Ich liebe offenes Feuer. Schon in der Schule, in der neunten Klasse, habe ich es geliebt. Wir sind samstags und sonntags in der Moskauer Region wandern gegangen. Dann meine geliebten Rafting-Touren, die Flüsse, die wir im Ural und in Sibirien „bezwungen“ haben. Wir haben auf dem Katun im Altai Halt gemacht. Das ist ein unvergessliches Erlebnis. Dort tankt man richtig auf.

Frager: Können Sie auch für sich selbst leben?

Lawrow: Ja. Sport natürlich. Jetzt klappt es nicht mehr so gut, aber Sport ist ein wichtiger Teil, auch meines Dienstes für das Vaterland.

Frager: Ist Rafting noch Teil Ihres Lebens?

Lawrow: Rafting ist selten, aber ich komme noch dazu. Aus offensichtlichen Gründen wird es immer schwieriger, ein Team zusammenzustellen. Und die Zeiten ändern sich. Aber das ist Teil des Prozesses, der uns, wie ich glaube, hilft, dem Vaterland zu dienen.

Frager: Ich stelle diese Frage im Zusammenhang mit dem Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin über traditionelle Werte, das eine Klausel zum Dienst am Vaterland enthält. Woher nimmt man die Kraft, die Interessen des Vaterlandes über die eigenen zu stellen, sich dem Land und nicht persönlichen Angelegenheiten zu widmen?

Lawrow: Wenn die Frage lautet, woher man die Kraft dafür nehmen soll, dann sucht man sie besser nicht. Sie muss in einem selbst liegen. Entweder man spürt sie als die eigene, oder man spürt sie nicht. So würde ich antworten.

Frager: Dem ist nichts hinzuzufügen. Was ist Ihr größter Erfolg im Leben heute?

Lawrow: Heute?

Frager: Sie haben einen langen Weg im Leben hinter sich. Es gibt viele Erinnerungen. Sie haben viel für das Land, für Ihre Familie, für die Menschen getan. Ihr größter Sieg im Leben, welcher ist das?

Lawrow: Als Spartak das letzte Mal Meister wurde.

Frager: Woher nehmen Sie die Kraft, nicht alles hinzuschmeißen, sondern es mit Humor zu sehen? Manchmal sieht man in Videos und Kommentaren, wie Leute Ihnen auf die Füße treten, an Ihnen vorbeirennen und seltsame Fragen stellen. Jemand anderes an Ihrer Stelle würde zumindest anders reagieren. Sie haben immer ein Lächeln, einen Sinn für Humor. Was ist das?

Lawrow: Jeder Mensch hat seinen eigenen Charakter, seine Weltsicht. Sowohl die Kindheit als auch die Art und Weise, wie man selbst, als Erwachsener oder im Laufe der Reifung, die Geschehnisse versteht oder verstehen möchte, spielen eine Rolle. Ich denke, wir sollten uns hier nicht in einen Bereich einmischen, der wohl eher Gott als dem Menschen gehört.

Frager: Sie sprachen gerade von Ihren Kollegen, die Ihnen hinter den Kulissen völlig andere Positionen mitteilten. Sie sagten, es komme häufig vor, dass nach einer Sitzung Leute auf Sie zukämen und beteuerten, Ihnen vollkommen zuzustimmen, aber leider seien die Spielregeln ganz anders. Sie hätten diese Vereinbarungen längst unterzeichnet, Frieden geschlossen, aber leider „tanzen sie nach einer anderen Pfeife“.

Lawrow: Das passiert oft. Das hängt mit dem Abstimmungsprozess zusammen. Als ich zehn Jahre lang bei den Vereinten Nationen gearbeitet habe, gab es oft solche Vorfälle, bei denen Leute nach einer Abstimmung genau das sagten.

Ich erzähle eine Sache. Als ich bereits hier arbeitete, hatte ich eine ungefähre Vorstellung davon, wie man sich auf eine UN-Abstimmung vorbereiten muss. Wir weisen unsere Botschafter weltweit an, sich an die Außenministerien ihrer Gastländer zu wenden, unseren Standpunkt zu erläutern und mitzuteilen, dass über eine Resolution zu einer für Russland äußerst wichtigen Angelegenheit abgestimmt wird, die im Kern auf Gerechtigkeit und die Umsetzung der UN-Charta abzielt. Wir bitten um ihre Unterstützung.

Sobald die Reaktionen eintreffen, fassen wir sie zusammen und informieren New York darüber, welche Länder ihre Unterstützung

zugesagt haben. Bei Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse stellen wir fest, dass sich viele der Stimme enthalten oder sogar dagegen gestimmt haben. In solchen Fällen kommt es vor, dass sich unsere Kollegen in New York an die betroffenen Ministerien wenden: „Wie kann das sein, Ihr Ministerium...“ Die Botschafter antworten, dass sie das zwar wissen, aber um Verständnis bitten, da sie ja in diesem Land leben.

Die Amerikaner – ich weiß nicht, wie die Kommunikation hinter den Kulissen der UN heutzutage abläuft, aber zu meiner Zeit war das völlig üblich – gingen vor der Abstimmung auf jemanden zu, der noch unentschieden war, das haben mir die Leute später selbst erzählt, und sagten: „John, die Abstimmung ist morgen, wir respektieren Ihre Position, aber Sie sollten doch bedenken, dass Sie ein Konto bei Merrill Lynch haben und Ihr Sohn in Stanford studiert.“ Und dann: „Viel Glück, John.“

Frager: Erpressung.

Lawrow: Direkte, natürlich. Damals handelten sie direkt.

Frager: Wie sieht die UNO heute aus? Sind ihre Tage gezählt?

Lawrow: Viele wollen, dass es so kommt.

Es gibt Gründe, die UNO zu kritisieren. Sie hat zu viel Personal. Nicht wie die EU, die EU-Kommission, wo die Personaldecke schlichtweg jenseits von Gut und Böse ist. Die UNO wahrt noch gewisse Grenzen des Anstands. Sie hat einen Sonderausschuss für Finanz-, Haushalts- und Personalangelegenheiten, der alle neuen Stellen genehmigt. Jedes der 193 Länder kann daran teilnehmen. Es gibt außerdem ein Sondergremium, den Beratenden Ausschuss für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, in dem Russland ständig vertreten ist. Er ist klein, kompakt und mit Fachleuten besetzt. Dort kann man alles beobachten.

Doch es gab zahlreiche Abweichungen von den in der UN-Charta festgelegten Aufgaben. Der Westen hat aktiv versucht, die Agenda der UNO seinen eigenen Interessen anzupassen und hat dabei die Dominanz

seiner westlichen Vertreter – Bürger von EU- und NATO-Staaten – im UN-Sekretariat ausgenutzt.

Die UN-Charta enthält eine Bestimmung zum Personal. Jedes Jahr wird ein Bericht veröffentlicht, der die Anzahl der dort Beschäftigten – namentlich und nach Herkunftsland – auflistet. Die Kriterien für die Zuteilung von Stellen sind in der Charta nicht prinzipiell festgelegt. Sie besagt lediglich, dass im UN-Sekretariat eine „gerechte geografische Repräsentation“ gewährleistet sein muss.

In der Praxis wurde dieser satzungsmäßige Grundsatz durch einige normative „Anhänge“ ergänzt, die naturgemäß keinen Vorrang vor der Charta haben: BIP, Industrieproduktion, BIP pro Kopf. Also Indikatoren, die von vorne herein Vertreter reicher, entwickelter Länder bevorzugten.

Wir versuchen schon seit Jahren, eine Rückkehr zum Prinzip der gerechten geografischen Repräsentation zu erreichen, da die UN-Charta die souveräne Gleichheit der Staaten als Grundlage der UNO festlegt. Wenn dem so ist, spielt es keine Rolle, ob es sich um ein reiches oder armes, ein Entwicklungsland oder ein bereits „überentwickeltes“ Land handelt. Das wird durch die diesem Prinzip hinzugefügten Normen verletzt.

Aktuell sind die Länder der globalen Mehrheit, rein formal betrachtet, wohl mehr oder weniger vertreten. Doch in vielen Fällen werden diese Länder der globalen Mehrheit von Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft – westlicher Staatsbürgerschaft – vertreten. Ich werde sie hier nicht namentlich nennen.

Frager: Könnte der „Friedensrat“ von US-Präsident Donald Trump die Organisation ersetzen?

Lawrow: Nein. Das ist eine andere Geschichte.

Wenn das Sekretariat in der Liste die Staatsbürgerschaft „Pakistan/USA“ angibt, ist jedem klar, dass diese Person auch Kinder hat, die irgendwo studieren, und ein Konto bei einer amerikanischen Bank besitzt.

Das wird noch dadurch begünstigt, dass die UN Ende der Sowjetzeit trotz unserer Einwände unbefristete Verträge eingeführt hat. Früher musste man alle fünf Jahre neu ernannt werden. Jetzt gibt es unbefristete Verträge. Man erhält einen unbefristeten Vertrag, lebt in New York, die Kinder studieren dort, alle haben sich dort niedergelassen. Das macht die UN und ihr Sekretariat natürlich zu einem hochpolitisierten Instrument.

Warum die Amerikaner die UN normalerweise, unabhängig von der jeweiligen Regierung, ablehnen und illegalerweise hohe Beiträge zurückhalten, ist eine interessante Frage. Meine Erfahrung legt nahe, dass Amerikaner, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, die UN ablehnen, weil sie Überzeugungsarbeit und Kompromisse erfordert. Aber sie wollen etwas wie den „Friedensrat“. Nach dem Motto wir organisieren das, entscheiden, und dann setzt man sich zusammen und überlegt irgendetwas.

Fragar: Kurz zu Grönland, wenn Sie erlauben? Heute interessiert das die Russen. Was bedeutet es für Russland, wenn es an die USA fällt? Und warum versucht US-Präsident Donald Trump, es sich unter dem Vorwand des Kampfes gegen Russland anzueignen? Er setzt dabei Einschüchterung ein.

Lawrow: Das wissen wir nicht. Der russische Präsident Wladimir Putin, der Pressesprecher des Präsidenten Dmitri Peskow und ich haben uns alle öffentlich dazu geäußert.

Wir wissen nicht, woher die Behauptung kommt, dass Russland und China Grönland einnehmen würden, falls die USA es nicht tun, weil wir das Gebiet angeblich bereits mit ihren U-Booten „eingekreist“ hätten. Das haben offizielle US-Behörden später widerlegt, aber die Erzählung hält sich hartnäckig.

Sie sind hier konsequent. Sie müssen die Grenze unbedingt überqueren, wie in dem Witz, notfalls mit Gewalt oder mithilfe einer Vogelscheuche.

Wir mischen uns da jetzt nicht ein. Sie versuchen, die Angelegenheit unter sich zu regeln. Der russische Präsident Wladimir Putin hat klar gesagt, dass das nicht unsere Angelegenheit ist. Ich denke, die USA, Dänemark und Grönland werden sich irgendwie einigen. Jetzt will sich

die EU einmischen. Sie will ihre Dienste überall aufdrängen. Die „Eroberung“ scheint vom Tisch, man hat sich auf so etwas wie eine „Halbpacht“, einen „Halbkauf“ geeinigt. Wir wissen es nicht. Das ist tatsächlich nicht unsere Angelegenheit.

Wie sich das auf die Gesamtsituation in der Arktis auswirken wird? Wahrscheinlich wird sich nichts ändern. Denn die NATO verfolgt seit Jahren den Kurs, die Arktis in ein Testfeld für Konfrontationen zu verwandeln. Es droht eine Militarisierung und Russlands völlig unbestreitbare Rechte an der Nordostpassage werden infrage gestellt. In der Vergangenheit gab es zahlreiche Provokationen, als beispielsweise französische Schiffe entgegen den geltenden Regeln ohne Erlaubnis und ohne Benachrichtigung in die Nordostpassage einfuhren.

Fragter: Dreist.

Lawrow: Ja, sie haben provoziert. Wir beobachten derzeit einige solcher Provokationen auf See. Ich bin jedoch überzeugt, dass sie bald aufhören werden, da die Organisatoren die Tragweite der Konsequenzen für sich selbst verstehen.

Aber zurück zu Grönland. Erstens hat das Land eine lange Geschichte. US-Präsident Donald Trump sagte richtigerweise, dass sie dort mit Booten gelandet sind, offenbar waren das Ureinwohner Amerikas. Auch wir sind dort gelandet. Die Norweger besaßen dieses Gebiet im 13. Jahrhundert. Wer da nur nicht schon schon alles war. Als Dänemark jedoch begann zu sagen: „Nein, das gehört uns“, spaltete sich die grönländische Bevölkerung. Es gibt Stimmen, die für den Verbleib im dänischen Königreich plädieren, und es gibt solche, die sagen: „Lasst uns selbst bestimmen.“

In diesem Zusammenhang ist es interessant, noch einmal auf die UN zurückzukommen. Während all das geschah, wurde der Sprecher des UN-Generalsekretärs, der Franzose Señor Dujarric, in einer Pressekonferenz zu seiner Meinung über die Entwicklungen in Grönland befragt. Er antwortete, er befürworte eine Lösung des Konflikts auf Grundlage der Prinzipien der UN-Charta, insbesondere des Prinzips der territorialen

Integrität und des Selbstbestimmungsrechts, das selbstverständlich auch für die grönländische Bevölkerung gelte.

Wir fragten ihn und richteten sogar einen offiziellen Appell an den UN-Generalsekretär, dass der Sprecher erklärt hat, dass das in der Charta verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für Grönland gelte, aber dass er beim Donbass, der Krim und Neurussland in den vergangenen vier Jahren und mehr bei jeder UN-Pressekonferenz betont hat, dass die UN-Charta und die Achtung der territorialen Integrität der Ukraine gewahrt werden müssten. Warum?

Es ist kein Geheimnis mehr. Kürzlich besuchte unser Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Nebenzya, Herrn Guterres und fragte ihn, wie das sein könne. Herr Guterres versicherte ihm, alles sei korrekt. Die Charta gelte für Grönland, nicht aber für die Gebiete, die Russland „aggressiv angegriffen“ habe. Mit ihm zu sprechen, war sinnlos.

Fragter: „Ein bisschen schwanger“.

Lawrow: 2014, als der Staatsstreich stattfand, war er noch nicht Generalsekretär. Sein Vorgänger war Ban Ki-moon. Auch er schwieg. Sie schwiegen, als die Putschisten 2014 bewaffnete Banditen zum Gebäude des Obersten Rates der Krim schickten, nachdem sie zuvor die Abschaffung des Status der russischen Sprache als Amtssprache angekündigt hatten. Es war klar, wovon sie sprachen und wohin das alles führen würde. Auch während des Referendums schwieg die UNO. Wenigstens riefen sie zu einer gewissen Ruhe auf.

Die eigentliche Ursache dieser Situation, geschaffen, finanziert und verübt vom Westen, der den Staatsstreich durch ukrainische Neonazis orchestriert hat, wurde nie auch nur irgendwie angeschaut. Unter Antonio Guterres gab es anschließend zahlreiche Situationen, in denen es nicht länger möglich war, die Rechte der Bevölkerung der Krim und der Südostukraine zu missachten: Als der damalige ukrainische Präsident Poroschenko sagte, deren Kinder würden helle Kindergärten und Schulen besuchen, während die Kinder im Donbass in Kellern verrotten würden. Als die Wasser- und Energieblockade der Krim jahrelang andauerte.

Jetzt beklagen sie, dass der ukrainische Energiesektor leidet. Keiner von denen hat einen Finger gerührt, als die ukrainischen Putschisten nach dem Putsch offen erklärten, sie würden die Krim energetisch, wirtschaftlich, in Bezug auf die Lebensmittel- und Wasserversorgung abwürgen. Das geschah. Jetzt jammern sie über die katastrophale Energieversorgung der Ukraine.

Im Frühjahr, im März 2025, schlug US-Präsident Trump in einem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Putin einen einmonatigen Waffenstillstand vor. Dieser betraf vor allem Angriffe auf Energieanlagen. Putin stimmte umgehend zu. Einen Monat lang, das ist dokumentiert, haben unsere Streitkräfte keine ukrainischen Energieanlagen angegriffen, auch nicht solche, die in irgendeiner Weise mit dem militärisch-industriellen Komplex in Verbindung standen. Während dieses Zeitraums verstieß die Ukraine mehr als 130 Mal gegen den Waffenstillstand, dem sich Präsident Selensky angeblich angeschlossen hatte.

Zurück zur Position des UN-Sekretariats: Dieser Versuch, jene offen zu schützen, die dem Westen wohlgesonnen und entgegenkommend sind und die im Auftrag des Westens die Interessen Russlands untergraben, hinterlässt einen schweren Eindruck. Manchmal verweisen sie darauf, dass in Sachen Ukraine die UN-Charta, die Resolutionen der Generalversammlung und die territoriale Integrität beachtet werden muss. Gemeint sind damit jene Resolutionen, die Russland verurteilen, per Abstimmung verabschiedet wurden und keinen Konsens widerspiegeln.

Wir haben mit ihnen über eine andere Resolution gesprochen die vor langer Zeit verabschiedet wurde, aber noch immer Gültigkeit hat. Sie wurde im Konsens angenommen: die Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts betreffend freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten gemäß der Charta der Vereinten Nationen. Darin ging es unter anderem um das Verhältnis zwischen dem Grundsatz der territorialen Integrität und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Es wurde festgehalten, dass jeder verpflichtet ist, die territoriale Integrität derjenigen Staaten zu achten und zu respektieren, deren Regierungen den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker

achten und somit die gesamte Bevölkerung eines bestimmten Gebiets vertreten. Vertraten diese Leute nach dem Staatsstreich die Interessen der Krim und des Donbass, deren Bevölkerung sie als Terroristen bezeichnen?

Ich habe das Beispiel genannt. Wir nutzen es aktiv in unserer Arbeit mit Ländern des Globalen Südens. Der Grundsatz der territorialen Integrität und das Selbstbestimmungsrecht der Völker sind seit 1945 in der UN-Charta verankert. In den 1960er Jahren begann die Dekolonisierung, vor allem des afrikanischen Kontinents, (maßgeblich durch die aktive Rolle der Sowjetunion. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker bildete die völkerrechtliche Grundlage der Dekolonisierung. Die Erklärung über die Grundsätze des Völkerrechts wurde nach dem Prozess der Dekolonisierung verabschiedet und gab einen einstimmigen Konsens: Wenn man nicht die gesamte Bevölkerung des eigenen Gebiets vertritt, hat diese Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung. Die Kolonialmächte in Lissabon, London, Paris und Madrid vertraten bekanntlich nicht die Bevölkerung ihrer Kolonien, die unter kolonialer Unterdrückung in Afrika gelitten hatte. Sie weigerten sich, unter dieser Herrschaft zu leben.

Auch die Krim, der Donbass und Neurussland weigerten sich, unter dieser Herrschaft zu leben. Daher müssen wir die Lehren der Geschichte beherzigen. Ich verstehe, dass António Guterres, ich will niemanden verärgern, Portugiese ist und vielleicht die kolonialen Interessen seines Landes verteidigen möchte, damit die Geschichte die Motive für die Ausbeutung anderer afrikanischer Völker „richtig“ versteht. Doch das ist für einen UN-Generalsekretär schlichtweg inakzeptabel. Wenn er unbedingt Stellung beziehen muss, sollte er die UN-Charta lesen, die es ihm untersagt, die Position von irgendwem zu übernehmen. Er ist zur Neutralität verpflichtet und darf seine Meinung nicht äußern, insbesondere nicht darüber, welches Gebiet zu welchem Staat gehört.

Fragter: Sergej Wiktorowitsch, vielen Dank für Ihre Zeit. Wir möchten Sie nicht von Ihrer wichtigen Arbeit abhalten. Vielen Dank für diese Gelegenheit. Sie sind ein sehr interessanter Gesprächspartner. Unser Publikum wird sicher begeistert sein.

Wir haben eine kleine Tradition: Unsere Gäste lesen Gedichte verschiedener Autoren. Aber ich weiß, dass Sie selbst Gedichte schreiben. Könnten Sie vielleicht ein oder zwei Zeilen als Geschenk für unser Publikum vortragen?

Lawrow: Das ist natürlich eine Falle. Ich könnte auch andere Gedichte vortragen, nicht meine eigenen, aber ich kann sie nicht auswendig. Da ist ein Gedicht des bekannten Schriftstellers Mamlin aus dem Jahr 1992. Er schrieb darüber, wie schmerzlich es für ihn als Krimbewohner war, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu erkennen, dass Nikita Chruschtschows Entscheidung von 1954, wie er es bereits damals voraussah, zur Katastrophe führt. Ein sehr gutes Gedicht. Ich möchte das Gedicht vortragen, das Mamlin im Jahr 1992 geschrieben hat. Er stammt aus Simferopol und war ein Veteran des Großen Vaterländischen Krieges.

(Anm. d. Übers.: Gedichte gut zu übersetzen, ist eine Kunst, die ich nicht beherrsche, aber ich hoffe, der Sinn kommt rüber)

Er war ein Anführer. Er war groß.

Auf seine Art klug und beeindruckend.

Russlands Leckerbissen.

Er schenkte ihnen Kiew.

Ich wurde hier geboren,

verbrachte hier meine Kindheit.

Sie gaben meine Heimat weg,

sie haben die Krim verschenkt, einen Teil Russlands.

Ich liebe das ukrainische Volk,

meine eigene Mutter ist von dort,

aber sie nahmen, was ihnen nicht gehörte, ohne Rücksicht,

und nun warte, es gibt keine Wunder.

*Ich bin ein Kriegsversehrter aus dem Zweiten Weltkrieg,
und sehe den Dritten Weltkrieg voraus,
Die Söhne des Landes werden beginnen,
nicht die Flotte, sondern lebendes Fleisch zu spalten.
Und wenn sich Sohn gegen Sohn wendet,
was ist eine Flotte, die Toten brauchen sie nicht,
ach, möge die Ukraine doch nicht untergehen.
Ich stehe da mit ausgestreckter Hand:
Gebt die Krim zurück, nicht aus Gier,
Für die Gerechtigkeit. Für welche?
Fragt die, die noch leben,
morgen ist es zu spät. Der Dnjepr wird kochen
Von slawischem Blut. Der Rauch der Schlacht
Wird Siege und Niederlagen verbergen...
„Gebt sie zurück!“, fleht der Krüppel
Und schämt sich nicht der Demütigung.*

Das wurde 1992 geschrieben, kurz nach dem Zerfall der Sowjetunion.